

# Thurgau lässt Vollzug des Tierschutzes untersuchen

**Fall Hefenhofen** Der Vollzug des Tierschutzes im Kanton Thurgau soll von einer externen Kommission analysiert werden. Das hat die Regierung am Dienstag beschlossen. Auslöser ist der Fall des mutmasslichen Tierquälers von Hefenhofen. Ziel sei es, das Tierschutzgesetz konsequent durchzusetzen sowie allfällige Lücken im Vollzug aufzudecken. Durch die fachliche und juristische Aufarbeitung solle weiteres Tierleid vermieden werden. Der

Thurgauer Regierungsrat will heute vor dem Grossen Rat zu den Vorkommnissen der letzten Wochen und zur geplanten Aufarbeitung Stellung nehmen. Mehrere Kantonsräte kündigten parlamentarische Vorstösse an.

Das Thurgauer Veterinäramt will die im bernischen Schönbühl bei der Armee eingestellten Pferde morgen Donnerstag verkaufen. Der Verein gegen Tierfabriken (VgT) hat gegen die «Auktion» Proteste geplant. (sda) **32**

# Verkauf bringt noch keine Ruhe

**Misstände** Der Kanton Thurgau setzt eine Kommission ein, die den Fall Hefenhofen untersuchen soll. Am Donnerstag werden die Pferde von Ulrich K. verkauft. Tierschützer planen Kundgebungen.

Der Fall Hefenhofen setzt der Thurgauer Regierung gehörig zu. Jetzt hat sie eine externe Untersuchungskommission eingesetzt. «Die Kommission hat den Auftrag, den Vollzug des Tierschutzgesetzes im Kanton Thurgau systematisch zu analysieren sowie Reformvorschläge auszuarbeiten», teilt der Kanton mit. Ziel sei es, das Tierschutzgesetz konsequent durchzusetzen sowie allfällige Lücken im Vollzug aufzudecken. Der Regierungsrat hat sich an seiner gestrigen Sitzung intensiv mit dem Fall Ulrich K. befasst und diese Massnahmen getroffen. Morgen wird der Regierungsrat vor dem Grossen Rat zu den Vorkommnissen der letzten Wochen und zu der geplanten Aufarbeitung des Falls Stellung nehmen.

SVP-Kantonsrat Andrea Vonlanthen und CVP-Kantonsrat Patrick Hug wollen heute in der Grossratsitzung eine einfache Anfrage einreichen.

## Krisenanfällige Kommunikation

«Es handelt sich um einen Skandal von ausserordentlicher Tragweite», schreiben sie zum Fall Ulrich K. «Besonders gefordert ist in einem solchen Fall auch die Krisenkommunikation.» Die zuständigen Personen hätten sich in Erklärungsnot befunden und nicht durchwegs souverän reagiert und agiert. Sie bitten den Regierungsrat deshalb um eine Stellungnahme zur Krisenkommunikation. Sie wollen unter anderem wissen, ob es vorkommen darf, dass ein Amt keine Auskunft geben kann, weil der Leiter in den Ferien weile und keine Stellvertretung zur Verfügung stehe.

Am Donnerstag werden die Pferde vom Hof des Tierquälers Ulrich K. im bernischen Schönbühl verkauft. «Alle 93 Pferde sind in gutem Gesundheitszustand», sagt Jürg Liechti vom Kompetenzzentrum Veterinär-



Militärangehörige pflegen die beschlagnahmten Pferde.

Bild: Pascal Bloch/Sand-Schönbühl (10. August 2017)

dienst und Armeetiere des Bundes. Die Tiere werden von Militärangehörigen vorgeführt. Gibt es mehr als einen Interessenten pro Pferd, geht der Zuschlag an den Meistbietenden. Eine eigentliche Auktion sei dies nicht, sagt Liechti. Denn es gehe nicht darum, möglichst viel Erlös zu erzielen. Auch sei für jedes Tier von Experten ein Richtpreis geschätzt worden, der die Grundlage für den Verkauf bietet.

Die genauen Preise lägen aber noch nicht vor, erklärt das Veterinäramt des Kantons Thurgau. Ihm obliegt die Durchführung des Verkaufs der Tiere. Für fünf bis sechs Pferde sei mittlerweile erwiesen, dass sie nicht Ulrich K. gehörten, sondern anderen Haltern. Diese können ihre

Pferde bereits am Mittwoch abholen.

## Kundgebungen in Bern und Frauenfeld

Der Verein gegen Tierfabriken Schweiz (VgT) will heute ab 11 Uhr in Frauenfeld demonstrieren. Er fordert die Absage der für Donnerstag angekündigten Auktion in Schönbühl. Auf Anfrage des VgT-Präsidenten Erwin Kessler schreibt der Kanton, die Käufer der Pferde seien verpflichtet, die Tiere nicht für eine unmittelbare Schlachtung zu erwerben. Trotzdem will Kessler demonstrieren. «Es sind noch zu viele Fragen offen, und die Aktion ist übereilt», sagt er. Der Verkauf unter der Woche sei ebenfalls sehr ungünstig. «Viele müssen

arbeiten oder haben keine Zeit mehr, einen Pferdetransport zu organisieren.» Der Verein will deshalb am Donnerstag auch in Schönbühl vor Ort sein, laut Kessler protestierend und beobachtend. «Der Erlös steht nach Abzug aller Kosten des Kantons Thurgau Ulrich K. zu», schreibt Walter Hofstetter, Leiter Informationsdienst des Kantons. So ist es im Tierschutzgesetz festgelegt. Mit der Beschlagnahmung hat K. sämtliche Eigentumsrechte an den Tieren verloren.

VgT-Präsident Kessler hat Kantonstierarzt Paul Witzig und Regierungsrat Walter Schönholzer per Mail angefragt, wo die anderen Nutztiere des Hofes gekauft werden können oder ob diese verkauft worden seien. Kessler

erhielt zur Antwort, dass zwei Drittel der 33 Kühe aus wirtschaftlichen Gründen geschlachtet worden seien. «Das wird gemacht, wenn bei Kühen die Milchleistung sowie die Fruchtbarkeit nachlässt», sagt ein Fleischfachmann. «Das Fleisch wird zu hochwertigen Wurst-Pöckelfleischwaren und nicht zu Tiernahrung verarbeitet.» Alle übrigen Tiere seien sofort für den Verkauf freigegeben. Auch ein Drittel der 100 Schweine wurde geschlachtet, weil die Tiere etwa unter Nabel- und Hodenbrüchen litten; die anderen Schweine werden in einem Maststall ausgemästet. Die Ziegen wurden von einer Tierschutzorganisation, die Schafe von einem Schafhalter übernommen. (maw/al/sba)